

**405 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates XIV. GP**

1976 12 28

**Regierungsvorlage****Bundesgesetz vom XXXXXXXXXX  
über die Leistung eines Beitrages zum Zinsen-  
subventionskonto des Internationalen Wäh-  
rungsfonds**

Der Nationalrat hat beschlossen:

§ 1. (1) Der Bundesminister für Finanzen wird ermächtigt, am 29. April 1977 einen Beitrag in

Schilling im Gegenwert von 2 300 000 Sonder-  
ziehungsrechten an das Zinsensubventionskonto  
des Internationalen Währungsfonds zu leisten.(2) Die Oesterreichische Nationalbank wird mit  
der banktechnischen Durchführung dieser Bei-  
tragsleistung betraut.§ 2. Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes  
ist der Bundesminister für Finanzen betraut.**Erläuterungen****Allgemeiner Teil**

Der Internationale Währungsfonds hat im Jahre 1974 die Erdölfazilität geschaffen, welche jenen Mitgliedsstaaten Finanzierungen ermöglicht, die durch die Preiserhöhungen von Erdöl in Zahlungsbilanzschwierigkeiten geraten sind. Am 1. August 1975 hat das Direktorium des Internationalen Währungsfonds beschlossen, ein Zinsensubventionskonto ins Leben zu rufen, das aus nichtrückzahlbaren Beiträgen der erdölproduzierenden Länder und der Industriestaaten gespeist wird. Seine Aufgabe ist es, die relativ hohen Zinsenbelastungen aus der Inanspruchnahme von Mitteln aus der Erdölfazilität zugunsten der durch die Ölkrise am meisten betroffenen Mitgliedsstaaten zu mildern.

Die Zusagen von Leistungen der nachstehend angeführten anderen Mitgliedsstaaten belaufen sich auf insgesamt 169 695 000 Sonderziehungsrechte, u. zw.:

Land	Beitrag
Australien .....	5 70
Belgien .....	5 60
Brasilien .....	1 85
Bundesrepublik Deutschland .....	13 70
Dänemark .....	2 20

Land	Beitrag
Finnland .....	1 60
Frankreich .....	12 90
Iran .....	6 00
Italien .....	8 60
Japan .....	10 30
Jugoslawien .....	0 90
Kanada .....	9 50
Luxemburg .....	0 11
Niederlande .....	6 00
Neuseeland .....	1 70
Norwegen .....	2 10
Saudi-Arabien .....	40 00
Süd-Afrika .....	1 35
Spanien .....	3 40
Schweden .....	2 80
Schweiz .....	3 285
Venezuela .....	6 00
Vereinigtes Königreich .....	12 05
	<hr/> 157 645

Der für Österreich in Aussicht genommene Beitrag im Gegenwert von 2 300 000 Sonderziehungsrechten, zahlbar in Schilling, erscheint im Vergleich dazu angemessen und wurde dem

Internationalen Währungsfonds angekündigt, da sich Österreich den gemeinsamen multinationalen Bestrebungen zur Unterstützung der durch die Ölkrise am meisten betroffenen Staaten nicht entziehen kann. Seine Zahlung ist für Ende April 1977 vorgesehen.

#### **Besonderer Teil**

##### **Zu § 1 Abs. 1:**

Die Bestimmung ermächtigt den Bundesminister für Finanzen zur Leistung des Beitrages zum Zinsensubventionskonto des Internationalen Währungsfonds in österreichischen Schilling im Gegenwert von 2 300 000 Sonderziehungsrechten. Zum 30. August 1976 errechnet sich dieser Beitrag nach anerkannten Regeln des Internationalen Währungsfonds über die Umrechnung von Sonderziehungsrechten mit S 47 307 619. Der Schil-

lingbetrag kann sich am Tag der Zahlung, für welche der 29. April 1977 vorgesehen ist, ändern. Der Entwurf des Bundesvoranschlages für 1977 enthält in 1/54846/7800 einen Ansatz von 50 Mill. S für diese Beitragsleistung.

##### **Zu § 1 Abs. 2:**

Die Oesterreichische Nationalbank soll gemäß § 42 Abs. 1 NBG in Verbindung mit Art. V Abs. 1 des Abkommens des Internationalen Währungsfonds mit der Führung eines gesonderten Kontos hiefür betraut werden. Sie hat sich auch zu der vom Internationalen Währungsfonds geforderten Transfegerantie in US-Dollar bereit erklärt.

##### **Zu § 2:**

Vollzugsklausel.